

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Belegungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostfach 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 694 / Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpostfach 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschlüssel: Arbeiterstimme Dresden / Strohstrahlen der Redaktion: Mittwochs 16 - 18 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. (für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzelanmeldung wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpostfach 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 16 August 1928 Nummer 191

Kein Austritt aus der Koalition!

Der Parteivorstand „bedauert“ — „Linke“ Führeropposition nicht gegen Koalitionspolitik — Künstler verzichtet auf Austrittsforderung — Die Bourgeoisepresse lobt die „Dresdner Volkszeitung“

Dg. Dresden, 16. August.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion haben gestern nachmittags in geheimer Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettbildung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie — in Übereinstimmung mit der gesamten Partei — entschieden Gegner des Baues des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formelle Rechtsargumente gestützt haben.“

Es wurde weiter beschlossen die Reichstagsfraktion und den Parteiausschuß zu Sonnabend nach Berlin einzuberufen. In der Sitzung am Sonnabend soll neben der Panzerkreuzerangelegenheit auch die schwebende Frage der Krisenlösung besprochen werden.

Diese Stellungnahme zeigt zunächst die Verwirrung, die der Druck der empörten Massen in den Reihen der SPD-Führer erzeugt hat. Aber auch hier zeigen sich die „Linken“ als die gefährlichsten Hemmschuh der revolutionären Entwicklung. Der Protest der SPD-Arbeiter wird umgebogen und der Versuch gemacht, die schamlose Offenherzigkeit der SPD-Minister, die durchaus der Gesamtlinie des republikanischen Koalitions-Nationalismus entspricht, als Regierfehler darzustellen. Wären die Minister vorher mit der Fraktion zusammengekommen, so hätte das Unheil vermieden werden können. . . . Dieser Tenor der Einschüchterungspolitik der sozialdemokratischen Oppositionspresse soll dazu dienen, den Mitgliedern die Zwangsläufigkeit einer solchen Handlungsweise durch die grundsätzliche „republikanische“ Staatsbejahung und die damit verbundene Koalitionspolitik zu verhüllen. Nicht überall gelingt das. Und so wird von Tag zu Tag der Ton etwas geändert, wobei natürlich die Linie dieselbe bleibt. Das zeigt charakteristisch der Beschluß des Leipziger SPD-Bezirksvorstandes.

Dieser faßt eine Entschließung zur Panzerkreuzerfrage, die das Vorgehen der SPD-Minister verurteilt und die Zustimmung zu Flottenrüstungen mit den Grundlinien der Partei für unannehmbar erklärt. Die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers sei die zwangsläufige Folge der gegenwärtigen (!) Regierungskoalition und stelle eine Verletzung des Willens der sozialdemokratischen Wähler dar. Die Partei könne die Verantwortung für eine solche Koalitionspolitik nicht tragen. Der Bezirksvorstand fordert deshalb den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung. Er fordert außerdem die sofortige Einberufung des Parteitag.

Wesentlich hierbei ist, daß neben der Erhebung der Forderung des Regierungsaustritts vor der Reichstagsauflösung nur die gegenwärtige Koalition und deren Politik verurteilt wird. Damit wird erneut die grundsätzliche Billigung der Koalitionspolitik nur bestätigt. Daß die Linken um Arzt und Tony Sender bei der Billigungsformel für die Regierungsbildung gestimmt haben, wurde natürlich keiner Kritik unterzogen. Warum auch sollten sie das nicht. Grundsätzlich steht man eben nach wie vor auf dem Boden der Koalitionspolitik, und zwar — auf dem Sumpfboden der jetzigen „Großen Koalition“. Für diese unsere Behauptung liefert der „linke“ Berliner Künstler den Beweis, der zur Beruhigung der empörten Berliner Mitglieder auch einmal im Vorwärts einen Leitartikel schreiben darf. In diesem Artikel heißt Künstler jetzt, daß der Versuch, die Haltung der Reichsregierung und insbesondere die der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers zu rechtfertigen, nicht gelungen ist.

Weiter bringt er ein typisches Betrugsmanöver der SPD aus Licht:

Zur selben Zeit, da die SPD-Minister für den Bau des Kreuzers gestimmt haben, wurde den SPD-Referenten Material des Parteivorstandes ausgehändigt, in dem starke Worte gegen den Kreuzerbau für öffentliche Versammlungen zu finden sind.

Nichts zeigt den doppelgesichtigen Januskopf der SPD augenfälliger als diese „geringfügige“ Tausche. Nichts charakterisiert aber auch die verdreherische Rolle der „linken Opposition“ der SPD-Führer treffender als diese Artikel Künstlers, denn — er verzichtet nach all den harten Worten gegen die jetzt so offen zutage tretenden Auswirkungen der Koalitionspolitik mit dem Hinweis,

daß bei der Zustimmung zu weiteren Kreuzerbauten nicht damit zu rechnen sei, daß die Mehrheit der SPD-Fraktion den Ministern (unter denen sich der Parteivorstand befindet!) Gefolgschaft leisten werde.

Ders Künstler sagt damit nämlich, daß die Koalition bleiben kann und soll und daß nur durch ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Ministern und Fraktion eine raffinierte an die Stelle der bisher plump-brutal arbeitenden Regie treten soll. Diesem Zweck dient der plötzlich so starke Oppositionsstorm im

Blätterwald der SPD, und kein anderes Ziel kennt diese Führer-„Opposition“ als die Verfassung und Entzweiung der Empörung der Arbeitermassen, die durch die eskalierende brutale Kriegsjagd der SPD-Koalitionsminister zur Auseinandersetzung über die Koalitionspolitik und über die Stellung zum bürgerlichen Staat gezwungen worden sind. Diese Diskussion auf ein falsches Gleis zu schieben, auf das Gleis der „proletarischen Erneuerung“ der korrupten Partei, das ist das Ziel und die Aufgabe dieser „linken“ Führergarnitur. Und die Bourgeoisie lacht, sie kennt ihre Pappentelmer. Die schwarzweißen Dresdner Nachrichten registrieren ironisch in dem heutigen Artikel „Die Palastrevolution der Sozialdemokratie“ den Sturm im Blätterwald der SPD und dämpfen etwaige Beunruhigungen ihrer Leser mit den Hinweisen auf die trotz aller Opposition bereits „einseitige“ Dresdner Volkszeitung. Zur Aufhellung der Forderung des Austritts aus der Koalition schreibt das deutschnationale Blatt:

„Man kann dabei in recht pikantes Weise beobachten, wie schwer es den einschlägigen Organen dieser Richtung wird, sich zwischen der Signa der Agitation vor den Wahlen und der Charakteris der politischen Notwendigkeit nach den Wahlen hindurchzuwinden.“

Und dann lobt es das Blatt der „Linken“ um Edel, Wedel und Tony Sender:

„Soviel Staatsräson hat aber das Dresdner Organ doch im Verbe, daß es nicht verhehlt in das Horn der Ultras

bläst. Es erklärt vielmehr, daß es die Austrittsfrage zunächst langgestreckt sein lassen will.“

Dieses Lob kennzeichnet die Opposition dieser Leute, die heute abend im „Trianon“ mit großer Geste vor ihre empörten Anhänger treten werden, um sie von dem endgültigen Bruch mit der Partei des Klassenverrats und des Sozialimperialismus abzuhalten. Die Kommunisten dürfen und werden nichts unversucht lassen, um dieses Spiel zu durchkreuzen. Gelingt es der kommunistischen Partei, den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern die wahre Bedeutung der Panzerkreuzerbewilligung aufzuzeigen, ihnen klar zu machen, daß dies nur die logische Konsequenz aus der reformistischen Stellung zur bürgerlichen Republik, zur „Wirtschaftsdemokratie“, zur „Garnierung der Wirtschaft durch die Nationalisierung und zu all den Problemen des Tageskampfes ist und daß diese Diskussion enden muß in einem Bruch mit der Partei des Reformismus und in der Forderung des Anschlusses an die Front des revolutionären Klassenkampfes, an deren Spitze nach wie vor allein die kommunistische Partei stehen kann, dann wird dieser Panzerkreuzer A wie während der „Potemkin“ seine Kohle zur rechten Zeit mit sicherem Ziel richten können auf die, die ihn bauten, um ihn gegen die Arbeiterklasse zu führen. Die Mannschaft dieses „Potemkin“ steht schon auf dem Posten — die kommunistische Partei ist es, die ihren Klassengenossen im sozialdemokratischen Lager klar und deutlich die alte Lösung entgegenruft: Brüder, zu uns!

Zur Tagung im Trianon

Einige Bemerkungen zur heutigen Funktionärerversammlung der Sozialdemokratischen Partei Dresdens

Dresden, am 16. August 1928.

Es ist eine historische Stätte, der alte Trianon, jetzige Volkshochschule, in dem heute die sozialdemokratischen Parteifunktionäre zu einer wichtigen Tagung zusammengetreten. In diesen alten Mauern hat die Dresdener revolutionäre Arbeiterklasse in der Vorkriegszeit manchen schweren Kampf ausgetragen, manche Waffe geschmiedet. Und wenn heute die sozialdemokratischen Funktionäre in diesem Saal zusammenreten, um zum Panzerkreuzerstand der deutschen Sozialdemokratie Stellung zu nehmen, dann sollten die sozialdemokratischen Arbeiter an die Vergangenheit zurückdenken und sich bewußt werden, daß es kein Zurück mehr gibt zu der Partei des alten Trianon, dann sollten sie sich frei machen von der Illusion, als wenn ihre Partei, an die sie sich durch Tradition noch immer gebunden fühlen, sich jemals wieder zu einer „radikalen Kampfpartei“ im Sinne der Vorkriegszeit entwickeln könnte.

Der Geist des Klassenkampfes, der in den alten Räumen des Trianon so oft lebendigen Ausdruck gefunden hat, ist heute in der Sozialdemokratie erloschen. Der Geist, der heute die SPD regiert, ihre Politik erfüllt und bestimmt, das ist der Geist der Klassenversöhnung, der Arbeitgemeinschaft, Wirtschaftsdemokratie, der Geist des Burgfriedens und der Koalitionspolitik. Das bestätigt die Tagesordnung der heutigen Versammlung, der Panzerkreuzerbeschluß, der auch für den einfaß denkenden Arbeiter hitzartig den hohen Grad der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und ihre Politik beleuchtet.

Wir zweifeln nicht, Herr Aufhäuser und die wortradikale Tony, die Fiehnner, Wedel, Edel, Sander und Wenke werden sich heute in radikalen Tönen überbieten. Die Kapitulation der Opportunisten vor der empörten Massenstimmung der Arbeiter ist ja gerade eines der Kennzeichen ihrer „Führer“-Rolle. Sie werden mit heftigen Worten „kämpfen“. Und ihr Schlachtruf wird sein: „Heraus aus einer Regierung, die Panzerkreuzer baut! Heraus aus der Verantwortung für ein Kabinett, das anstatt den Weltfrieden, wie es Brüssel verlangt, zu fördern, den Zündstoff in der Welt vermehrt. . . . Diese Parole ist bereits gegeben. Paul Levi hat sie im Zwickauer Volksblatt so formuliert. Liebmann und Böckel wiederholen sie in ähnlichen Variationen. So soll in einer „geharnischten“ Protestentschließung das Ausruffventil für die empörte Massenstimmung geöffnet werden. Dann aber wird am Schluß der warme Appell zur organisatorischen Einheit der „völkerbefreienden, panzerkreuzerbauenden Sozialdemokratie“ erfolgen. Das aber ist der ganze Zweck der Werbung: Die Massen der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder sollen bei der Stange gehalten werden, — trotz Panzerkreuzer.

näre und Mitglieder sollen bei der Stange gehalten werden, — trotz Panzerkreuzer.

Das ist die historische Aufgabe, die zu erfüllen den „linken“ SPD-Führern zugewiesen ist. Deshalb werden sie auch diesmal möglichst vermeiden, an den politischen Grundfragen zu rühren, die die tieferen Ursachen des Panzerkreuzerurfes der SPD-Politik sind.

Der Panzerkreuzerbeschluß hat den starken Widerwillen der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen die Koalitionspolitik aufs höchste gesteigert. In ihrer immer härter werdenden Forderung des Bruches mit der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie kommt der ehrliche, wenn auch zum großen Teil unbewußte Drang zu einer Politik des revolutionären Klassenkampfes zum Ausdruck, so daß sich auch die „linken“ Führer gezwungen sehen, in bestimmten aktuellen Fragen der SPD-Politik gegen den Kurs des Parteivorstandes zu opponieren. Glauben sie doch, damit bei den einzelnen Teilfragen leichter den Konsequenzen ausweichen und um die Kernfragen herum diskutieren und sogar den Anschein einer grundsätzlichen Opposition in dieser oder jener Frage erwecken zu können.

Gerade in der Frage des Panzerkreuzerbeschlusses gibt es aber, das raffinierte, zentristische Manöver zu durchschauen und zu entlarven. Diesen Beschluß, den die „linke“ SPD-Presse nur als einen „Sündenfall“, einen „Fehler“ ihrer Ministergenossen hinzustellen versucht, ist aber ebenso wenig eine Einzelercheinung wie die nationalstischen Reden Löbes in Wien, Severings in Köln, der 54-Stunden-Schlechtspruch ihres Parteigenossen Wiffell, des Steuerbetrugs Hilferdings und ähnlicher Glanzleistungen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Der Panzerkreuzerbeschluß ist nur ein folgerichtiges Rettenglied der Ergebnisse der Koalitionspolitik, die als die Uebertragung der grundsätzlichen Einstellung der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Klassentaat in der praktischen Politik angesprochen werden muß.

Und das ist die Lehre: Von der grundsätzlichen Einstellung zum bürgerlich-kapitalistischen Staat ist eben die praktische Stellungnahme zu allen anderen Fragen, wie Koalitionspolitik, Stellung zum Militarismus, zum Krieg, zu den Wirtschaftskämpfen, zur Außen- und Innenpolitik abhängig. Die Konsequenz der Bejahung des bürgerlichen Staates ist eben auch die Bejahung aller der eben aufgezählten Fragen im „Kaiserkhaltenden“ Sinne. Das aber schließt keineswegs aus, daß die SPD-Führer bei dem einen oder anderen Punkte eine wortradikale Oppositionsstellung beziehen. Und deshalb richtet sich ihr